



<http://www.laender-analysen.de/rusland/>

DIE MACHT DER SILOWIKI

■ VON DER REDAKTION	
С НОВЫМ ГОДОМ – с РОЖДЕСТВОМ – Frohes Fest!	2
■ ANALYSE	
Die Macht der <i>Silowiki</i> : Kontrollieren Russlands Sicherheitsdienste Putin, oder kontrolliert er sie?	2
Michael Rochlitz (Ludwig-Maximilian-Universität München)	
■ DOKUMENTATION	
Russlands »Machtministerien« und Sicherheitsdienste	6
■ DEKODER	
100 Jahre GRU: Werdegang und Professionalität eines russischen Geheimdienstes	8
Christopher Nehring (Deutsches Spionagemuseum, Berlin)	
■ KOMMENTAR	
Aufkündigung des INF-Vertrags: Zur deutschen Position	12
Hans-Joachim Schmidt (Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main)	
■ NOTIZEN AUS MOSKAU	
Auf Kante genäht	14
Jens Siegert (Moskau)	
■ NACHRUF	
Ljudmila Alexejewa – In Memoriam	16
Maria Klassen (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	
■ CHRONIK	
13. November – 2. Dezember 2018	18

С НОВЫМ ГОДОМ – с РОЖДЕСТВОМ – Frohes Fest!

Die Redaktion der »Russland-Analysen« geht in die Weihnachtspause. Die nächste Ausgabe – Russland-Analysen 364 – erscheint am 18. Januar 2019. Für die ersten Nummern des neuen Jahres planen wir Beiträge zum russischen Staatssektor, zu den armenisch-russischen Beziehungen und zur Erinnerungskultur und Bildungspolitik.

Zunächst aber wünschen wir unseren Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes und erfolgreiches Neues Jahr.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Evgeniya Bakalova, Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hartmut Schröder, Alena Schwarz und Anastasia Stoll

ANALYSE

Die Macht der *Silowiki*: Kontrollieren Russlands Sicherheitsdienste Putin, oder kontrolliert er sie?

Michael Rochlitz (Ludwig-Maximilian-Universität München)

Zusammenfassung

Seit 2012 ist die Politik der russischen Regierung im Inneren sichtbar repressiver geworden und hat außenpolitisch zunehmend aggressive Züge angenommen. Auf den ersten Blick scheint diese Entwicklung ein Produkt erstarkter Sicherheits- und Verteidigungsapparate zu sein, der sogenannten *Silowiki*, die in dem Kampf zwischen den rivalisierenden Gruppen an der Spitze der russischen Politik letztlich die Oberhand gewonnen haben. Das ist allerdings weniger darauf zurückzuführen, dass die *Silowiki* die russische Politik unter ihre Kontrolle genommen hätten. Vielmehr hat sich Wladimir Putins Interpretation dessen, wie die Welt funktioniert, zunehmend der Weltsicht der *Silowiki* angeglichen, was die autoritäre Wende in der russischen Politik der letzten Jahre erklärt.

Einleitung

Ist Russland ein Staat, der von den eigenen Sicherheitsdiensten kontrolliert wird? Es ist allgemeine Ansicht, dass Russlands sogenannte »Machtministerien«, also die Behörden mit der Befugnis, bewaffnete Gewalt gegen Bedrohungen für die nationale Sicherheit einzusetzen, in den letzten Jahren zu den dominierenden Akteuren der russischen Politik geworden sind. »Sila« bedeutet im Russischen »Kraft«, »Macht«, »Gewalt«, und in den Augen vieler Beobachter sind es die *Silowiki*, Angehörige der Machtministerien, die nach Putins Rückkehr ins Präsidentenamt im März 2012 die russische Innen- und Außenpolitik verstärkt geprägt haben.

Diese Ansicht wird durch Russlands immer repressivere Politik im Inneren untermauert, sowie durch eine gewaltsamere Außenpolitik. Seit dem Frühjahr 2012 ist die russische Zivilgesellschaft einer ganzen Reihe von Angriffen unterzogen worden, die direkt einem Skript der Sicherheitsdienste zu entstammen scheinen. Die Annexion der Krim, der anhaltende Konflikt in

der Ostukraine wie auch das russische Eingreifen in Syrien scheinen ebenfalls mit der Weltsicht der Hardliner in den Militär- und Sicherheitsbehörden im Einklang zu stehen. Gleichwohl bleibt die Frage, wer derzeit in Russland letztendlich die Strippen zieht und im Großen und Ganzen die Politik bestimmt. Steht Putin unter der Kontrolle der *Silowiki*? Oder ist es im Gegenteil so, dass Putin die *Silowiki* im Griff hat und deren Macht mit der anderer einflussreicher Gruppierungen ausbalanciert?

Interne Revierkämpfe

Oberflächlich gesehen scheint es, als würde Putin die *Silowiki* kontrollieren. Die *Silowiki* stellen jedoch keinen einheitlichen Zusammenschluss dar, der in der Lage wäre, koordiniert die Politik zu beeinflussen, sondern bestehen eher aus einer Reihe rivalisierender Ministerien, Behörden und Gruppierungen, die durch persönliche und geschäftliche Streitereien zutiefst gespalten sind. An der Spitze dieser Gruppierungen stehen enge Vertraute

Putins aus den 1990er und frühen 2000er Jahren, wobei der russische Präsident die einzige Person ist, die in der Lage wäre, hier eine Balance herzustellen, um zu verhindern, dass eine der Gruppierungen zu mächtig wird.

Es ist für keine der Silowiki-Gruppierungen von vordringlichem Interesse, die politische Richtung des Landes zu beeinflussen. Sie sind eher an einer Beibehaltung des Status quo interessiert, der es ihnen ja in der Vergangenheit ermöglicht hat, beträchtliche Vermögen anzuhäufen. Durch die Präsenz von »Top-Silowiki« an oder in der Nähe der Spitze von »Gazprom« und »Rosneft«, den in staatlichem Besitz befindlichen Gas- und Ölkonzernen, kontrollieren die Silowiki einen wichtigen Teil der russischen Einnahmen aus Rohstoffverkäufen. Die Sicherheitsdienste sind darüber hinaus in alle möglichen Arten von Schutzgeldgeschäften, Erpressung und »feindlichen Übernahmen« von Unternehmen verwickelt. Diese Aktivitäten reichen von Eintreiben von Schutzgeldern durch niederrangige Polizisten über »feindliche Übernahmen«, an denen sich Offiziere aus den mittleren Rängen der Sicherheitskräfte beteiligen, bis hin zur Enteignung ganzer Unternehmen von Geschäftsrivalen durch Top-Silowiki. Während das »Raubtierverhalten« der russischen Sicherheitsdienste weiterhin starke negative Auswirkungen auf das Investitionsklima und die Wirtschaft des Landes hat, meinen viele Beobachter, dass Putin gerade über diese Verteilung von Ressourcen unter den rivalisierenden Fraktionen in der Lage sei, diese Gruppen unter Kontrolle zu halten.

Wenn es um den Zugang zu diesen Ressourcen geht, stehen die unterschiedlichen Silowiki-Fraktionen in einer erbitterten Konkurrenz zueinander, etwa um sicherzustellen, dass keine Behörde im Revier eines Rivalen wildert. Diese internen »Silowiki-Kriege« finden zwar für die Öffentlichkeit größtenteils im Verborgenen statt, doch bricht der Kampf mitunter an die Oberfläche durch. Ein Beispiel hierfür ist der offene Brief, in dem Wiktor Tscherkessow, der Chef des Föderalen Dienstes für die Drogenaufsicht, sich in der Zeitung »Kommersant« über die Grabenkämpfe zwischen den Silowiki beschwerte – seine Behörde war zuvor unter schweren Beschuss von Seiten des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB) geraten [Der Brief ist aufrufbar unter: <https://www.kommersant.ru/doc/812840> (russ.) – Anm. d. Red.]. In einem weiteren Beispiel beging der stellvertretende Abteilungsleiter für Korruptionsbekämpfung im Innenministerium 2014 Selbstmord, indem er im fünften Stock vom Balkon sprang, als gegen ihn ermittelt wurde und er sich in Untersuchungshaft des FSB befand. Der Fall hatte die erbitterte Rivalität zwischen FSB und Innenministerium deutlich werden lassen.

Die intensiven Kämpfe zwischen den rivalisierenden Fraktionen der Silowiki lassen es unwahrscheinlich

erscheinen, dass sie in der Lage wären, eine gemeinsame Agenda zur Einflussnahme auf die Politik des Landes zu verfolgen. Allerdings ist auch das Ausmaß fraglich, in dem Putin in der Lage ist, die verschiedenen Fraktionen zu kontrollieren. Mitunter wird Putins Frust angesichts der exzessiven Gier der russischen Polizei- und Justizbehörden sichtbar, beispielsweise während seiner Ansprache an die Föderale Versammlung im Dezember 2015. In dieser Rede beklagte Putin, dass von den 200.000 Verfahren, die 2014 von den Ermittlungsbehörden gegen russische Unternehmer eröffnet worden waren, nur 15 Prozent mit einer Verurteilung endeten. Gleichzeitig war es allerdings so, dass 83 Prozent der Unternehmer, gegen die ermittelt wurde, aufgrund dieser Ermittlungen ihre Firma vollständig oder zum Teil verloren, folgt man dem sichtlich frustrierten Präsidenten Russlands [Die Rede ist aufrufbar unter: <http://en.kremlin.ru/events/president/news/50864> (eng.) – Anm. d. Red.].

Wedelt der Schwanz mit dem Hund?

Putins Vorliebe, Konflikte hinter den Kulissen zu lösen, beeinträchtigt auch sein Vermögen, die widerstreitenden Silowiki-Fraktionen wirksam zu kontrollieren und auszubalancieren. Zu unterschiedlichen Zeiten haben die verschiedenen Gruppierungen und insbesondere der FSB diesen Schwachpunkt Putins ausgenutzt, indem sie ihn vor vollendete Tatsachen stellten, die eine deutlich sichtbare Intervention erforderlich machten, um die Dinge *post factum* wieder gerade zu rücken. Der Konflikt von 2007 zwischen dem Föderalen Dienst für die Drogenaufsicht unter Leitung von Wiktor Tscherkessow einerseits und dem FSB andererseits ist ein solches Beispiel. Putin hatte ursprünglich seinen langjährigen Verbündeten Tscherkessow gebeten, einige Fälle von zwielichtigem Vorgehen des FSB zu untersuchen; der FSB erhöhte daraufhin lediglich weiter den Einsatz, und zwar bis zu einem Punkt, an dem Putin keine andere Wahl hatte, als Tscherkessow zu opfern, wenn er einen potentiell destabilisierenden öffentlichen Skandal vermeiden wollte. Ein weiteres Beispiel jüngeren Datums ist der Konflikt um die Ölfirma »Baschneft«. Hier hatte Igor Setschin, Chef des in staatlichem Besitz befindlichen Ölkonzerns »Rosneft«, der oft als Kopf einer der wichtigsten Silowiki-Gruppierungen beschrieben wird, ein Auge auf diese Ölfirma von Jewgenij Jewtuschenkow geworfen; Jewtuschenkow ist Putin gegenüber stets unerschütterlich loyal gewesen. Obwohl Setschin zu diesem Zeitpunkt bereits über eine außerordentliche Machtfülle verfügte, brachte er letztlich auch »Baschneft« unter seine Kontrolle. Der Fall Baschneft lässt Zweifel aufkommen, ob Putin tatsächlich in der Lage ist, die Zuteilung von Rentenquellen dazu einzusetzen, eine Balance unter den verschiedenen Silowiki-Fraktionen herzustellen.

len. Letztlich sah es erneut so aus, als sei Putin von Entwicklungen getrieben worden, die er nicht mehr vollständig unter Kontrolle zu halten vermochte.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Silowiki zwar nicht in der Lage sind, Putin in einer koordinierten Art und Weise zu kontrollieren, dass aber auch Putins Fähigkeit begrenzt ist, das raubtierhafte Gebaren der diversen Sicherheitsdienste Russlands zu bändigen. Bleibt also die Frage, wer letztlich in der russischen Politik die Fäden zieht. Hier haben die Silowiki in den letzten Jahren tatsächlich an Einfluss gewonnen, und zwar auf subtilere Art, als man erwarten könnte, wenn man nur die Machtbeziehungen und Kontrollfähigkeiten betrachtet.

Die Weltsicht der Silowiki: Überall Feinde

Die Silowiki sind zwar durch ihre jeweiligen Wirtschaftsinteressen gespalten, doch eint sie als Gesamtkonformation eine besondere Weltsicht. Diese lässt sich in einigen zentralen Punkten zusammenfassen. Der wichtigste besteht darin, dass die Silowiki einen starken und zentralisierten Staat anstreben, der von einem wohlfinanzierten und umfangreichen Sicherheits- und Verteidigungsapparat gestützt wird. Aus dieser Sicht sei ein derart starker Staat notwendig, weil Russland von äußeren Kräften bedroht wird, die versuchen, den russischen Staat von innen und außen zu zerrütten, da sie Russland seinen Status als Großmacht und seine Bodenschätze neiden. Der Kampf gegen diese äußere Bedrohung erfordere eine realpolitische Sichtweise, die nur von Silowiki voll verstanden werde. Dadurch seien sie auf einzigartige Weise qualifiziert, Russland in diesen ungewissen Zeiten zu führen. Die Sicht der Silowiki auf Innen- und Außenpolitik, wie auch auf die westlichen und internationalen Institutionen, ist durch ein hohes Maß an Zynismus gekennzeichnet, und durch den Glauben, dass Politik vor allem ein Spiel von Lügen und Täuschungen sei. Diese Desillusioniertheit in Bezug auf politische Entscheidungsprozesse hat ihre Wurzeln in der Niederlage der Sowjetunion im Kalten Krieg und dem anschließenden Jahrzehnt aus politischem und wirtschaftlichem Chaos, das Russland in den 1990er Jahren erlebte, sowie in dem von den Silowiki wahrgenommenen permanenten Mangel an Respekt des Westens gegenüber Russland. Die Weltsicht der Silowiki enthält somit heute gewisse Elemente der Schizophrenie, durch die das Raubtierverhalten innerhalb Russlands mit dem aufrichtigen Glauben in Einklang gelangt, dass alle Gefahren für das Land äußeren Ursprungs sind.

Putin entstammt zwar selbst den russischen Sicherheitsdiensten, doch unterschied sich seine Weltsicht in den ersten Jahren als Präsident in einigen Punkten von jener der Silowiki. Der wirtschaftliche Zusammenbruch

der Sowjetunion hatte ihn gelehrt, dass Marktkonkurrenz staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft weit überlegen ist. Dies führte zu einer Reihe marktfreundlicher Reformen zu Beginn seiner Zeit als Präsident Russlands. Ebenso versuchte Putin in den frühen 2000er Jahren, dass Russland stärker in der internationalen Gemeinschaft aktiv wird, wobei er eher auf Zusammenarbeit denn auf Konfrontation setzte. Zu jener Zeit hatten die Fraktionen der Wirtschaftsliberalen und der Silowiki in der Regierung einen ungefähr gleich großen Einfluss auf Putin und die russische Politik.

All dies änderte sich ab den späten 2000er Jahren, zunächst langsam, dann mit Beginn von Putins dritter Amtszeit als Präsident 2012 markant. Seither hat sich Putins Weltsicht der Wahrnehmung der Silowiki stark angenähert, insbesondere was die zunehmend zynische Sicht auf westliche politische Normen und Institutionen anbetrifft. In diesem Sinne haben die Silowiki maßgeblich, wenn auch indirekt, an Kontrolle über die Gestaltung der russischen Politik gewonnen. Für diesen Wandel in Putins Weltsicht war eine Reihe von Faktoren verantwortlich.

Der wohl wichtigste war, dass der Westen es versäumt hat, Putins Angebote zur Zusammenarbeit ernst zu nehmen. Oft wurde Russland eher wie ein Juniorpartner behandelt, und nicht, wie es eine Weltmacht – wie sie Russland in Putins Augen eine darstellt – verdient hätte. Dieser wahrgenommene Mangel an Respekt fiel mit einer Reihe von Regimewechseln in ehemals kommunistischen Ländern, den sogenannten farbigen Revolutionen, zusammen, bei denen – oft mit Hilfe aus dem Westen – russlandfreundliche Regime in Serbien, Georgien, der Ukraine und in Kirgisistan zu Fall kamen. 2008 und 2009 fügte die Wirtschaftskrise zusätzlich ein Element akuter Verwundbarkeit durch Schocks von außen hinzu. Der Arabische Frühling von 2011 und die Vertreibung des damaligen tunesischen Präsidenten Ben Ali und des ägyptischen Präsidenten Mubarak von der Macht ließen in den russischen Eliten die Verunsicherung weiter anwachsen. Als sich die politischen Proteste nach den Dumawahlen von 2011 immer stärker einer farbigen Revolution in Russland selbst ähnelten, reagierte Putin, indem er sich klar für eine Strategie entschied, die politische Kontrolle über wirtschaftlichen und politischen Liberalismus stellte.

In der Folge verlor der liberale Flügel in der russischen Regierung nach 2012 einen Großteil seines Einflusses. Nachdem der langjährige Finanzminister Alexej Kudrin bereits im September 2011 aufgrund eines Streits mit dem damaligen Ministerpräsidenten Dmitrij Medwedew die Regierung verlassen hatte, wurden die Liberalen um Medwedew kurz nach Putins Rückkehr in den Kreml aufs Abstellgleis geschoben. Die Entlas-

sung von Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow im November 2012 ist eines der markantesten Beispiele. Zur gleichen Zeit wurde eine kleine Gruppe von Schlüsselfiguren der Silowiki zum informellen Nexus politischer Macht. Zu den prominenten Mitgliedern dieser Gruppe gehörten Sergej Schojgu als Nachfolger von Serdjukow, Sergej Iwanow, der bis 2016 die Präsidentialadministration geleitet hatte, der Leiter des russischen Sicherheitsrates Nikolaj Patruschew, der Chef von Rosneft, Igor Setschin, der Direktor des FSB, Alexander Bortnikow, dann Viktor Solotow, der bis 2014 den Sicherheitsdienst des Präsidenten leitete und jetzt an der Spitze der Nationalgarde steht, der Leiter des Untersuchungskomitees, Alexander Bastrykin, und Jewgenij Murow, der bis 2016 den Föderalen Wachdienst leitete. Diese Konzentration politischer Macht in einem kleinen Personenkreis, der den Sicherheitsdiensten entstammt, bedeutete eine beträchtliche Verengung der potentiellen Informationsquellen, die Putin nutzt. Da er kein Freund des Internet oder der Zeitungslektüre ist, verlässt sich Putin vor allem auf die Berichte seiner engen Vertrauten als Informationsquelle. Und da nun seine engsten Berater überwiegend zu den Silowiki gehören, bleiben nur wenige Stimmen, die den Präsidenten mit einer alternativen Sicht der Dinge versorgen könnten.

In noch jüngerer Vergangenheit hat sich Putin mit einigen seiner alten Vertrauten aus den Reihen der Silowiki überworfen. In den vergangenen zwei Jahren sind einige Schwergewichte der Silowiki wie Sergej Iwanow oder Jewgenij Murow durch junge Technokraten ersetzt worden. Diesen jungen Technokraten fehlt jedoch die

Erfahrung einer langfristigen persönlichen Beziehung zu Putin, was es ihnen schwer macht, den Präsidenten gegebenenfalls zu kritisieren oder ihm zu widersprechen. Einiges an Russlands forschem bis dreistem Vorgehen in den letzten Jahren, etwa die Einmischung in die US-Präsidentschaftswahlen 2016, die Jagd auf übergelaufene Spione im Ausland und die zunehmende Bereitschaft zum Einsatz militärischer Gewalt, könnte auf die neue Generation von Technokraten mittleren Alters zurückzuführen sein, die nicht in der Lage sind, einen mäßigen Einfluss auf den Präsidenten auszuüben.

Schlussfolgerungen

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Russlands Schwenk von 2012 hin zu einer repressiveren Politik im Inneren und einer selbstbewussteren außenpolitischen Haltung keine Folge der Lobbyarbeit durch Silowiki, ja nicht einmal des Einflusses einer Reihe wichtiger Silowiki war. Es scheint vielmehr, dass Putins Interpretation, wie denn die Welt funktioniert, zunehmend der Weltsicht der Silowiki ähnelt, und dass er sich daher immer mehr auf die Machtministerien stützt, um Politik umzusetzen. Putins Frustration mit den ständigen wechselseitigen Kämpfen und dem Raubtierverhalten der russischen Sicherheitsdienste zeigt, dass er sich mit einiger Sicherheit der Kosten bewusst ist, die ein intensives Stützen auf die Silowiki für das Land bedeuten. Das scheint aber ein Preis zu sein, den er zu zahlen bereit ist, um die politische Kontrolle zu behalten.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Michael Rochlitz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Ludwig-Maximilian-Universität München und Associate Fellow am Internationalen Zentrum für institutionelle und Entwicklungsstudien der *Higher School of Economics* in Moskau.

Lesetipps

- Galeotti, Mark: Putin's Hydra: Inside Russia's Intelligence Services, CFR Policy Brief Nr. 169, European Council on Foreign Relations, 11. 05. 2016; https://www.ecfr.eu/page/-/ECFR_169_-_PUTINS_HYDRA_INSIDE_THE_RUSSIAN_INTELLIGENCE_SERVICES_1513.pdf.
- Rivera, David W.; Rivera, Sharon W.: The Militarization of the Russian Elite under Putin, in: *Problems of Post-Communism*, 64, 2017, Nr. 4: S. 221–232.
- Reddaway, Peter: *Russia's Domestic Security Wars: Putin's Use of Divide and Rule Against His Hardline Allies*, Basingstoke: Palgrave Pivot 2018.
- Soldatov, Andrei; Rochlitz, Michael: The 'Siloviki' in Russian Politics, in: D. Treisman (Hg.): *The New Autocracy: Information, Politics, and Policy in Putin's Russia*, Washington, D.C.: Brookings Institution Press 2018.

Russlands »Machtministerien« und Sicherheitsdienste

Das Konzept der »Machtministerien«, oder wörtlich »Machtstrukturen« (silowye struktury), gilt als Oberbegriff für alle föderalen Ministerien oder Institutionen mit uniformierten, militarisierten und bewaffneten Einheiten. Das uniformierte Personal vieler Machtministerien unterliegt den Dienstgesetzen, denen auch das Personal der regulären Streitkräfte unterliegt. Einige der Machtministerien sind hingegen Strafverfolgungs- und Vollzugsbehörden, deren Personal dem Staatsdienstgesetz unterliegt. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden Russlands Machtministerien und Sicherheitsbehörden im Zuge mehrerer Reformen umstrukturiert. Eine Dokumentation über Russlands Machtministerien aus dem Jahr 2006 ist in der 117. Ausgabe der Russland-Analysen verfügbar: <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen117.pdf>. Im Folgenden bringen wir eine aktualisierte Auflistung mit einem Überblick über den russischen Sicherheits- und Militärapparat.

Verteidigungsministerium (Ministerstwo oborony)

Dem Verteidigungsministerium unterstehen die Armee und die Flotte und damit auch die Weltraumtruppen, die Luftstreitkräfte und die strategischen Raketestreitkräfte. Auffällig ist die (aus deutscher Perspektive) vergleichsweise niedrige Zahl an zivilen Beschäftigten und die damit einhergehende fehlende zivile Kontrolle. Verteidigungsminister ist seit dem 6. November 2012 Sergej Schojgu.

Föderaler Sicherheitsdienst (Federalnaja sluschba besopasnosti, FSB)

Der Föderale Sicherheitsdienst ist der größte inländische Geheimdienst Russlands. Ehemals nur zuständig für Terrorismusbekämpfung und Spionageabwehr im Inneren wurde sein Aufgabenbereich 2003 stark erweitert, als Teile der Föderalen Agentur für Staatskommunikation und -information (Federalnoje agentstwo prawitelstwennoj swjasi i informazii, FAPSI) in ihm aufgingen. Seitdem ist der FSB auch für außenpolitische Angelegenheiten zuständig und steht damit in direkter Konkurrenz zu den anderen Auslandsgeheimdiensten.

Zu seinem Aufgabenbereich zählt die Durchführung verschiedener Operationen im In- und Ausland. Auch der Föderale Grenzschutzdienst (Pogranitschnaja sluschba FSB, PS FSB) ist seit 2003 Teil des FSB. Der FSB hat eine eigene Ermittlungsabteilung sowie eigene Gefängnisse und erfüllt somit auch die Funktion einer Strafverfolgungsbehörde. Die Leitung des FSB untersteht Alexander Bortnikow (seit dem 12. Mai 2008). Das Nationale Anti-Terror Komitee (Nacionalnyj antiterroristitscheskij komitet, NAK), das als Koordinationsgremium zur Terrorismusabwehr fungiert, wird ebenfalls vom Direktor des FSB einberufen und geleitet.

Hauptverwaltung für Aufklärung (Glawnoje raswedywatelnoje uprawlenije, GRU)

Die Hauptverwaltung für Aufklärung ist der militärische Nachrichtendienst Russlands. Sie ist zuständig für Spionageabwehr innerhalb der russischen Armee und für Beschaffung militärisch relevanter Informationen aus dem Ausland. Die GRU ist der einzige Geheimdienst, der bereits in der Sowjetunion bestand und deren Auflösung überdauert hat. 2010 wurde die GRU im Zuge einiger Reformen offiziell in Hauptverwaltung des Generalstabes der Streitkräfte (Glawnoje uprawlenije generalnogo shtaba wooruschonnych sil, GU) umbenannt, was sich jedoch nie wirklich durchsetzen konnte. Bei der 100-jährigen Jubiläumsfeier der G(R)U im November 2018 schlug Präsident Putin vor, den alten Namen GRU auch wieder offiziell einzuführen.

Die Leitung der GRU hat eine direkte Verbindung zum Präsidenten und untersteht (seit dem 22. November 2018) Igor Kostjukow. Kostjukow leitet die GRU bisher nur kommissarisch, da sein Amtsvorgänger Igor Korobow am 21. November 2018 verstorben ist. Er wird aber als chancenreichster Kandidat für das Amt betrachtet.

Föderaler Auslandsnachrichtendienst (Sluschba wneschnej raswedki, SWR)

Der Föderale Auslandsnachrichtendienst entstand 1991 und hat die Aufgabe, ausländische Bedrohungen abzuwehren. Der SWR steht der GRU als zweiter Auslandsnachrichtendienst direkt gegenüber. Es ist unklar, inwieweit der SWR über bewaffnete Truppen verfügt. Da der SWR einen wichtigen außenpolitischen Akteur in Russland darstellt, wird er typischerweise zu den Machtministerien gezählt. Die Leitung untersteht seit dem 22. September 2016 Sergej Naryschkin.

Föderaler Dienst für Bewachung der Russischen Föderation (Federalnaja sluschba ochrany, FSO)

Der Föderale Dienst für Bewachung, in den auch der Sicherheitsdienst für den Präsidenten (Slushba besopasnosti presidenta, SBP) eingegliedert ist, ging ursprünglich lediglich zum Schutz des Präsidenten und anderer hochrangiger Staats- und Regierungsmitglieder sowie wichtiger Staatsgebäude aus dem KGB hervor. 2003 erweiterte der FSO sein

Personal und stellt seitdem auch Prognosen und Analysen zur nationalen Sicherheit für den Präsidenten auf. Ebenfalls 2003 ging der größte Teil der Föderalen Agentur für Staatskommunikation und -information im FSO auf, womit dieser auch für sichere Regierungskommunikation sowie Spionageschutz zuständig wurde. Im Zuge dessen wurde ihm der Dienst für Sonderkommunikation und -information unterstellt. Der FSO arbeitet seitdem auch als Inlandsgeheimdienst, der in direkter Konkurrenz zum FSB steht. Die Leitung untersteht seit dem 26. Mai 2016 Dmitrij Kotschnew.

Hauptdirektorat für Sonderprogramme des Präsidenten (Glawnoje uprawlenije specialnych programm presidenta, GUSP)

Über das Hauptdirektorat für Sonderprogramme des Präsidenten (GUSP) ist sehr wenig bekannt. Seine offizielle Hauptfunktion besteht darin, die Sicherheit von strategischen Einrichtungen wie den Bunkern für Staats- und Regierungsmitglieder zu gewährleisten. Außerdem ist das GUSP auch für die Koordinierung und Mobilität der Regierung, besonders im Krisenfall, zuständig. Die Leitung untersteht Alexander Linz (seit dem 7. April 2015).

Innenministerium (Ministerstwo wnutrennich del, MWD)

Das Innenministerium wurde im Jahr 2016 reformiert. Bis dahin beinhaltete es die Nationalpolizei und eine Untersuchungsabteilung. 2016 wurde die Nationalpolizei als eigenständige Nationalgarde aus dem Innenministerium herausgelöst. Stattdessen wurde der bis dahin eigenständige Föderale Drogen-Kontroll-Dienst (Federalnaja sluschba po kontrolju sa oborotom narkotikow, FSKN) als Hauptdirektorat für Drogenkontrolle (Glawnoje uprawlenije po kontrolju sa oborotom narkotikow, GUKON) Teil des Innenministeriums. Das MWD ist weiterhin verantwortlich für die regulären Polizeikräfte sowie kleinere Untereinheiten mit einer spezifischeren Ausrichtung. So zählen zum Aufgabenbereich des MWD auch Operationen gegen organisiertes Verbrechen, Terrorismus und Extremisten. Innenminister ist seit dem 21. Mai 2012 Wladimir Kolokolzew.

Ministerium für Zivilschutz, Notsituationen und Katastrophenhilfe (Ministerstwo po tschreswutschajnym situazijam, MTschS)

Das Ministerium für Zivilschutz, Notsituationen und Katastrophenhilfe ist für Katastrophenschutz, Brandbekämpfung und Rettungsdienste (auch auf dem Wasser) zuständig. Neben der Tätigkeit in der Russischen Föderation unterstützt das MTschS auch andere Länder in Katastrophenfällen. Teil des MTschS ist neben dem paramilitärischen Zivilschutz auch die staatliche Feuerwehr. Der Minister ist derzeit Jewgenij Sinitschew (seit dem 18. Mai 2018).

Justizministerium (Ministerstwo justizii)

Dem Justizministerium untersteht der Föderale Justizvollzugsdienst (Federalnaja sluschba ispolnenija nakasanij, FSIN), der für die Verwaltung von Gefängnissen und den Strafvollzug zuständig ist. Der FSIN wurde 2004 als Teil des Justizministeriums gegründet und war bis dahin Teil des Innenministeriums. Ebenfalls Teil des Justizministeriums ist der Föderale Dienst der Gerichtsvollzieher, der auch für die Vollstreckung von zivilen Gerichtsentscheidungen verantwortlich ist. Das Justizministerium steht seit dem 12. Mai 2008 unter Leitung des Ministers Alexander Konowalow.

Nationalgarde (Federalnaja sluschba wojsk nazionalnoj gwardii)

Die Nationalgarde ist 2016 aus den internen Truppen des Innenministeriums hervorgegangen. Sie ist ein öffentlicher Sicherheitsdienst, der direkt dem Präsidenten unterstellt ist. Neben ihrem eigenen Personal greift die Nationalgarde auch auf externe Mitarbeiter etwa vom MWD oder dem MTschS zurück. Die Truppenstärke der Nationalgarde wird auf etwa 340.000 geschätzt. Zu ihrem Hauptaufgabenbereich gehört der Kampf gegen Terrorismus und das organisierte Verbrechen. Die Leitung untersteht seit dem 4. April 2016 Wiktor Solotow. Dieser war vor der Etablierung der Nationalgarde auch schon als Kommandeur der internen Truppen des MWD aktiv.

Büro des Generalstaatsanwaltes (Generalnaja prokuratura)

Die Generalstaatsanwaltschaft beziehungsweise das Büro des Generalstaatsanwaltes beschäftigt keine bewaffneten Truppen, wird wegen seiner Nähe zu den anderen Machtministerien aber als solches betrachtet. Seit der Etablierung des Untersuchungskomitees 2007, das erst als Teil des Büros des Generalstaatsanwaltes entstand und 2011 eigenständig wurde, ist die Generalstaatsanwaltschaft lediglich für Strafverfolgung und Koordinierung aller Sicherheitsdienste zu Zwecken der Strafverfolgung verantwortlich. Die Leitung untersteht seit dem 26. Juni 2006 Jurij Tschajka.

Untersuchungskomitee (Sledstwenyj komitet, SK)

Nachdem das Untersuchungskomitee 2011 als eigenständige Institution aus dem Büro des Generalstaatsanwalts hervorging, ist es die wichtigste föderale Ermittlungsbehörde Russlands. Es untersteht direkt dem russischen Präsidenten und ist zuständig für die Überwachung von Polizeikräften, der Bekämpfung von Korruption und Machtmissbrauch innerhalb der Polizei sowie der Überprüfung von lokalen Behörden und föderalen Regierungsinstitutionen. Auch wenn es dem Untersuchungskomitee in der Praxis an der nötigen Durchsetzungskraft fehlt, hat es die theoretische Befugnis, Weisungen an die Geheimdienste zu erteilen. Die Leitung untersteht seit dem 14. Januar 2011 Alexander Bastrykin.

Sicherheitsrat (Sowet besopasnosti)

Der Sicherheitsrat wird direkt vom Präsidenten einberufen und von diesem geleitet. Der Sicherheitsrat der Russischen Föderation gilt als Beratungsinstitution für den Präsidenten. Da Vertreter aller wichtigen Machtministerien im Sicherheitsrat zusammenkommen, dient dieser auch als Koordinationszentrum für die Machtministerien. Um deren Zusammenarbeit zu vertiefen, werden dienstübergreifende Kommissionen gegründet. Die Leitung untersteht zwar dem Präsidenten, der Sicherheitsrat wird aber von seinem Sekretär überwacht. Sekretär ist seit dem 12. Mai 2008 Nikolaj Patruschew.

Zusammengestellt von: Franz Springer

Quellen:

- Galeotti, Mark: Putin's Hydra: Inside Russia's Intelligence Services, European Council on Foreign Relations, London 2016.
- Soldatov, Andrei; Rochlitz, Michael: The Siloviki in Russian Politics; in: Treisman, Daniel (Hrsg.): The New Autocracy. Information, Politics and Policy in Putin's Russia, Brookings Institution Press: Washington, D.C. 2018, S. 83–108.
- Taylor, Brian D.: State Building in Putin's Russia. Policing and Coercion after Communism, Cambridge University Press 2011.
- Offizielle Website des Präsidenten der Russischen Föderation, <http://en.kremlin.ru/>
- Offizielle Website der Regierung der Russischen Föderation, <http://government.ru/en/structure/>

DEKODER

100 Jahre GRU: Werdegang und Professionalität eines russischen Geheimdienstes

Christopher Nehring (Deutsches Spionagemuseum, Berlin)

Der folgende Beitrag von Christopher Nehring wurde am 26. Oktober von dekode.org veröffentlicht.

Einleitung von dekode

Am 5. November 2018 feierte die Glawnoje raswedywatelnoje uprawlenije GRU (dt. »Hauptverwaltung für Aufklärung«) 100-jähriges Jubiläum. Pünktlich zu seinem Ehrenjahr steht der Militärgeheimdienst Russlands so sehr im Fokus der Weltöffentlichkeit wie nie zuvor. Der Giftanschlag in England und Cyberangriffe auf internationale Einrichtungen sind nur die Spitze eines Eisberges an Operationen, mit denen die GRU 2018 öffentlich in Verbindung gebracht wird. Das klingt zunächst einmal nach einem außerordentlich potenten Geheimdienst mit wenig Skrupel, viel Know-how und einem breiten Spektrum an Tätigkeiten.

GRU – russischer Militärgeheimdienst

Von den schweren Vergiftungen in England war nur einer der Giftanschläge auch tatsächlich so geplant: der auf den ehemaligen GRU-Offizier Sergej Skripal. Der Doppelagent überlebte, seine Tochter, das zweite und

unerwartete Giftopfer, ebenfalls. Die beiden anderen Opfer, von denen eines der Vergiftung mit Nowitschok erlag, waren »Kollateralschäden«: Sie fanden zufällig das Behältnis, in dem das Gift transportiert worden war. Alles in allem war es eine ziemliche Blamage für

die GRU, vor allem weil sich der Fall unter ständiger Beobachtung der Medien abspielte.

Und dann wurden auch noch die beiden Tatverdächtigen präsentiert und von britischen und russischen Investigativjournalisten eindeutig mit der GRU in Verbindung gebracht. Dabei kam sogar heraus, dass die GRU 305 Fahrzeuge mehr oder weniger offiziell auf ihre Mitarbeiter registriert und sie damit praktisch selbst enttarnt hatte [<https://www.bellingcat.com/news/2018/10/04/305-car-registrations-may-point-massive-gru-security-breach/>]. Für alle ersichtlich.

Mitnichten weniger peinlich war es, als im April 2018 niederländische und britische Ermittler der Spionageabwehr eine Gruppe von vier GRU-Computerspezialisten in ihrem Auto während eines Cyberangriffs verhafteten. Das komplette Equipment im Kofferraum, dazu gefälschte Pässe mit fortlaufender Nummerierung, wie schon bei Alexander Petrow und Ruslan Boschirow [den Verdächtigen im Fall Skripal – Anm. d. Red.]. Das Ziel des Angriffs war die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW), die zu dieser Zeit die Giftproben des Anschlags aus Salisbury untersuchte [siehe dazu auch den Beitrag von Una Becker-Jakob in den Russland-Analysen Nr. 356, S. 21: <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen356.pdf> – Anm. d. Red.]. Geparkt hatten die vier Hacker in einem blauen Citroën direkt gegenüber der OPCW in Den Haag.

Was an Dreistigkeit wohl kaum zu überbieten ist, gehört allerdings nicht in die Kategorie professionellen Arbeitens, wie es sich die geheimdienstliche Elite-truppe auf die eigenen Fahnen schreibt. Wo also steht die gefürchtete und nun verspottete russische Militäraufklärung 100 Jahre nach ihrer Gründung?

Die GRU im System

Wie der gesamte Sicherheitsapparat der Russischen Föderation hat die GRU ihre Wurzeln tief im kommunistischen Staat der Bolschewiki nach der Oktoberrevolution 1917. Eine Besonderheit war es, dass die GRU trotz aller Wirren der Zeit nicht mit anderen Geheimdiensten vereint wurde. Wo der mächtige KGB jahrzehntelang In- und Auslandsgeheimdienst, Personenschutz, Grenztruppen und technische Abteilungen mit mehreren hunderttausend Mann vereinte, war und ist die GRU der Armee und dem Verteidigungsministerium unterstellt. Im Vergleich zum KGB und seinen Nachfolgern FSB und SWR nahm und nimmt die GRU damit eine Sonderstellung ein, denn diese sind direkt dem Präsidenten unterstellt. Einerseits bedeutet das für die GRU eine größere Unabhängigkeit vom Gravitationszentrum staatlicher Macht in der russischen Präsidialadministration. Andererseits ist die Entfernung zum Präsidenten ein Nachteil im ständigen Ringen der Sicherheitsdienste um Präsidentengunst und knappe Ressourcen.

Wie wechselhaft sich diese Stellung im politischen System auswirken kann, hat die GRU in den vergangenen 20 Jahren mehrfach erfahren. Im Zuge der Armeeformen der postsowjetischen Zeit wurde die stolze Truppe erst einmal herabgestuft: Spezialeinheiten wurden den regulären Truppen unterstellt, Mittel gekürzt, aus GRU wurde »GU«, also einfach nur Hauptverwaltung. Die stille, aber alles hörende Fledermaus im Wappen wurde durch eine Nelke ersetzt – Symbol für Standfestigkeit und Entschiedenheit.

Als 2012 Sergej Schojgu Verteidigungsminister wurde, machte er sich daran, die GRU nicht nur symbolisch wieder aufzuwerten. Personell soll die GRU mit rund 12.000 Mitarbeitern ungefähr dasselbe Niveau wie der Auslandsgeheimdienst SWR erreichen. Nach Angaben des GRU-Überläufers Stanislaw Lunew aus dem Jahr 1997 führte der Militärgeheimdienst damals allerdings sechsmal so viele Auslandsagenten wie sein ziviles Pendant. Mark Galeotti zufolge, solle darüber hinaus die Anzahl der Spezialeinheiten, die der GRU unterstellt waren, deutlich über 20.000 Mann betragen haben.

Aufträge und Einsätze

Auch in ihrem Arbeitsauftrag sticht die Sonderrolle der GRU durch. 1918 oder 1941 ging es vor allem um traditionelle militärstrategische Aufklärung auf allen Schlachtfeldern der Roten Armee, von Polen bis zum Pazifik. Im Kalten Krieg kam dann schon Rüstungs- und Wirtschaftsspionage hinzu. Eine weitere Besonderheit der GRU war und ist, dass sie nicht nur im Ausland aufklärt, sondern auch die Spionageabwehr der Armee in sich vereint. Was der FSB im zivilen Sektor ist oder in Deutschland der Militärische Abschirmdienst MAD für die Bundeswehr, ist die GRU für die russische Armee.

Ebenso waren die berühmt-berüchtigten Speznas-Elite-Kampftruppen der GRU ein Kind der Stellvertreterkriege während des weltweiten Systemkonflikts. Wo reguläre sowjetische Truppen zu auffällig gewesen wären oder wo inoffizielle Waffenlieferungen in Krisengebiete besonderer Tarnung bedurften, dort waren die Speznas zu finden. Das gilt auch für sogenannte Kommandoeinsätze wie Sabotage, Geiselnbefreiungen, Entführungen und gezielte Tötungen im Ausland.

Dabei ist die GRU global orientiert: USA, NATO, Westeuropa, aber eben auch der Nahe und Mittlere Osten, Afrika, China und der Pazifikraum sind Aufklärungsziele und Einsatzgebiete.

Agenten und Operationen

Lange Jahre schwamm die GRU eher leise im Kielwasser der wesentlich bekannteren NKWD, KGB und schließlich SWR. Öffentliche Nennungen hielten sich in Grenzen, Experten und Forscher konzentrierten sich ebenfalls lieber auf die zivilen Brüder. Bis auf den heu-

tigen Tag existiert keine Gesamtgeschichte der GRU, wo es selbst die offizielle Geschichtsschreibung der russisch-sowjetischen Auslandsaufklärung auf ganze sechs Bände bringt. Ganz so eben, wie man es von einem klassischen Geheimdienst erwartet: Im Großen und Ganzen ein Mysterium, presseabstinent, unter Kennern aber als absolute Profis ihres Metiers bekannt.

Dass dem tatsächlich so ist, zeigt ein Parforceritt durch die Spionagegeschichte. Wie die gesamte Sowjet-Spionage, war die GRU in der Zeit zwischen den Weltkriegen außerordentlich erfolgreich: Gleich zwei der bekanntesten Spione aller Zeiten arbeiteten für die GRU – und waren Deutsche. Der als Journalist getarnte Richard Sorge meldete 1941 aus Japan den bevorstehenden Angriff der Wehrmacht auf die Sowjetunion (und wurde von Stalin deswegen geopfert). Der Physiker Klaus Fuchs, einer der Väter der amerikanischen Atombombe, war ebenfalls ein GRU-Agent und sorgte dafür, dass auch die Sowjets zur Nuklearmacht werden konnten. Diese Taktik, sogenannte »illegale« Agenten unter falscher Identität in westlichen Ländern zu führen, praktizierte die GRU über die gesamte Zeit des Kalten Krieges.

Schon zu Sowjetzeiten zählten militärische Kommandoaktionen zur Aufgabe der GRU und ihrer Spezinas. Diese Aufgabe hat die GRU auch heute nicht eingebüßt. Während der Tschetschenienkriege übernahm die GRU »Spezialaufgaben«, in Dubai soll der Spezinas 2009 den Anführer tschetschenischer Rebellen, Sulim Jamadajew, in einer Kommandoaktion getötet haben.

Auch die Bilder der Krim-Annexion sind immer noch einprägsam: »Grüne Männchen« ohne Abzeichen, die später als GRU-Truppen identifiziert wurden, bereiteten damals den Weg für die Angliederung. Ein ähnliches Schicksal hatte die GRU offenbar dem kleinen Montenegro zgedacht: 2016 sollten pro-serbische Teile der Armee unter Anleitung von GRU-Offizieren just in der Wahlnacht einen Putsch in dem Land auf dem Westbalkan unternehmen. Als einzige der in jüngster Zeit bekannt gewordenen Kommandounternehmen der GRU scheiterte dieser Versuch allerdings kläglich.

Cyberangriffe

Eine gänzlich neue Aufgabe, die die GRU in den letzten Jahren ebenfalls ausführt, sind geheimdienstliche Cyberangriffe wie jener in Den Haag. Geheimdienste und Regierungen von den USA bis nach Australien rechnen Hackergruppen wie ATP 28, Fancy Bear oder Pawn Storm der GRU zu. Das besondere an ihren bekanntesten Attacken war dabei, dass sie keineswegs nur militärische Ziele verfolgten, sondern Aufgaben ausführten, die eigentlich den zivilen russischen Diensten obliegen. So haben die Wahlkampfunterlagen der US-Demokraten, die ATP 28 im Vorfeld der Präsidentschaftswahl

2016 mittels eines versteckten Trojaners erbeuteten, mit Militäraufklärung ebenso wenig zu tun wie Aktionen von Fancy Bear. Diese Gruppe drang offenbar besonders gerne in westliche oder internationale Sportverbände ein. Aus Sicht der US-Geheimdienste waren die Angriffe im Bereich von Doping und Sport eine gezielte Vergeltungsaktion gegen die Doping-Vorwürfe und Sanktionen gegen russische Mannschaften. Dass der Inlandsgeheimdienst FSB in das russische Staatsdoping involviert war, war schon länger bekannt [siehe dazu den sog. McLaren-Report aus dem Jahr 2016: <https://www.wada-ama.org/en/resources/doping-control-process/mclaren-independent-investigation-report-part-ii>]. Dass die GRU die propagandistischen Gegenmaßnahmen offenbar maßgeblich organisierte, war hingegen neu.

Für die »neuen« Aufgaben der GRU im Cyberbereich gibt es drei Interpretationen: Einmal steht das pure Potential, das heißt die GRU unternimmt Cyberangriffe im zivilen Bereich, weil sie es schlicht kann. Das enorme Reservoir an IT-Spezialisten in Russland und die Mittel, die den Spezialbereichen des Militärs zur Verfügung stehen, machen die GRU zu einer Weltspitze der Cyberspionage.

Zweitens geht es um die Konkurrenz der Weltmächte: US-Militär und die Defense Intelligence Agency DIA sind auf diesem Gebiet genauso aktiv wie zum Beispiel auch die Cybereinheit 61398 des chinesischen Militärs. Präsenz durch aufsehenerregende Hacking-Operationen zu zeigen, ist da nur logisch.

Drittens spielt auch der Druck eine Rolle, sich gegenüber FSB und SWR beweisen zu müssen. Dass beide ebenfalls Cyberangriffe durchführen, ist bekannt. Die Ausflüge der GRU in die zivile Cyberwelt können also auch als interne *show of force* und Fingerzeig im russischen Sicherheitsapparat gedeutet werden. Wie fluide hier Zuständigkeiten wechseln, ausgebaut oder gestrichen werden und wie wichtig die Gunst des innersten Machtzirkels ist, das hat die Vergangenheit immer wieder gezeigt.

Korruption und Schlamperei

Doch auch in der geheimnisumwitterten GRU scheint so manches in Bewegung gekommen zu sein. Gerade die jüngsten Schlagzeilen passen nicht zum Image eines hochprofessionellen Geheimdienstes: Warum der Anschlag auf den ausgetauschten Ex-Agenten Skripal? Warum die schlampige Ausführung? Wie kam die GRU auf die Idee, zwei Offiziere könnten erfolgreich einen Putsch in Montenegro betreuen? Und wie kommt ein Geheimdienst auf die Idee, über 300 PKW auf seine offizielle Adresse zu registrieren und damit möglicherweise eigene Agenten zu enttarnen?

Neben der professionellen GRU existiert anscheinend auch eine normale russische Behörde, in der Schlamperei, Realitätsverweigerung und Korruption zum Alltag gehören. Die vielen bürokratischen Details erfolgreicher geheim-

dienstlicher Arbeit gingen offenbar immer wieder bei der Operationsplanung ab. Dafür haben die jahrelang erfolgreichen Hackingangriffe und die getarnten Kommandoaktionen wohl ein Gefühl der Unverwundbarkeit wachsen lassen. Wer aber so oft durchkommt, der wird nachlässig.

Gleichfalls hat der lasche Umgang westlicher Behörden mit den russischen Agenten offenbar zu immer dreisterem Vorgehen ermuntert: Obwohl westlichen Geheimdiensten offensichtlich schon bekannt war, dass die GRU-Agenten Jewgenij Serebrjakow und Alexej Morenez im Herbst 2016 den Computer eines Vertreters des kanadischen Antidopingzentrums CCES gehackt hatten [<https://www.nzz.ch/international/die-jagd-nach-putins-agenten-wie-ein-spionagefall-in-lausanne-zu-einem-fiasko-des-russischen-geheimdienstsfuehrte-ld.1429047>], sahen diese Agenten im April 2018 offenbar überhaupt kein Risiko und parkten fast schon demonstrativ direkt vor dem Zielobjekt in Den Haag.

Darüber hinaus gibt es auch Korruptionsgerüchte um die GRU. Wo schmale Gehälter des öffentlichen Dienstes auf Milliarden Rubel für Aufträge ans Militär aufeinander treffen, lockt das große Geld. Auch die GRU-Leitung soll in der Vergangenheit auf diese Art zu Reichtum gekommen sein. Auf die Arbeitsmoral des Dienstes wirkte sich das offenbar nur dahingehend positiv aus, dass in immer waghalsigeren Aktionen ein schneller Aufstieg gesucht wurde, um ebenfalls an die »Fleischtöpfe« zu kommen.

Über den Autor

Christopher Nehring ist Leiter *Forschung* im Deutschen Spionagemuseum in Berlin. Er hat Osteuropäische und Neuere Geschichte in Heidelberg und St. Petersburg studiert und 2016 zum Thema der Geheimdienstgeschichte promoviert.

Lesetipps

- Lunew, Stanislaw: *Through the Eyes of the Enemy: The Autobiography of Stanislaw Lunev*, Washington 1998.
- Galeotti, Mark: *Putin's Hydra: Inside Russia's intelligence Services*, European Council on Foreign Relations 2016.
- Bajrovic, Reuf; Garcevic, Vesko; Kramer, Richard: *Russia's Strategy of Destabilization in Montenegro*, Foreign Policy Institute 2018.
- Dekoder: Debattenschau Nr. 63: Anschlag auf Ex-Doppelagent Skripal, <https://www.dekoder.org/de/article/debattenschau-skripal-nervengift-spion>
- Dekoder: »Als Kind war ich Fan von Detektivgeschichten« über Roman Dobrochotows gemeinsame Recherche mit Bellingcat zu den Tatverdächtigen im Fall Skripal, <https://www.dekoder.org/de/article/bellingcat-skripal-gru-recherche>
- Dekoder: Bystro #4: 6 Fragen an die Verdächtigen im Fall Skripal über die offenen Fragen nach dem Interview mit den Tatverdächtigen auf RT, <https://www.dekoder.org/de/article/bystro-skripal-verdaechtige-interview-boschirow-petrow>

Das Original dieses Beitrags ist online verfügbar unter: <https://www.dekoder.org/de/gnose/gru-militaergeheimdienst-hacker-skripal>.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Wir danken unserem Partner dekoder und Christopher Nehring für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Professioneller Geheimdienst?

Wie jede Bürokratie sind auch die russischen Geheimdienste und der gesamte Sicherheitsapparat in einem ständigen Fluss. Innenpolitische Faktoren, außenpolitische Dynamiken und bürokratische Entwicklungen beeinflussen sowohl die Aufgabengebiete als auch die Ausführung von Aktionen und Operationen. Manches davon, was die GRU in der jüngsten Vergangenheit zeigte und das seinen Weg in die Weltöffentlichkeit fand, fällt sicher nicht unter die Kategorie eines professionellen Geheimdienstes. Das sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die GRU nicht nur eine große Bandbreite an Arbeitsaufgaben wahrnimmt, sondern dabei auch weiterhin große Möglichkeiten und Ressourcen hat.

Als Akteur muss sie nach wie vor, vielleicht sogar mehr noch als früher, ernst genommen werden. Innenpolitische Faktoren und Konkurrenz unter Geheimdiensten haben die GRU offenbar motiviert, ihr Aufgabenfeld immer weiter auszudehnen. Dabei stiegen die Erfolge augenscheinlich einigen zu Kopf, Dreistigkeit und Übermut waren die Folge. Nach innen steht die GRU damit nun unter größerem Druck, nach außen könnte das jedoch zu noch extremeren Aktionen anspornen, um sich wieder zu beweisen. Das macht die GRU auch nach 100 Jahren ihres Bestehens – trotz Schlamperei und Korruption – mitnichten weniger gefährlich.

Aufkündigung des INF-Vertrags: Zur deutschen Position

Hans-Joachim Schmidt (Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main)

Am 21. Oktober 2018 hatte US-Präsident Donald Trump am Rande einer Wahlkampfveranstaltung in Nevada ohne vorherige Konsultation in der NATO angekündigt, den bilateralen INF-Vertrag (Intermediate-Range Nuclear Forces, dt. Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme) mit der Sowjetunion aus dem Jahre 1988 aufzukündigen. Der INF-Vertrag verbietet erstmals weltweit für die USA und Sowjetunion (bzw. Russland) eine ganze Waffenkategorie von bodengestützten nuklearfähigen Flugkörpern (Raketen und Marschflugkörper) mit einer Reichweite von 500–5.500 km, die bis 1991 vollständig abgerüstet wurden. 10 Jahre später endete das Verifikationsregime. Verdachtsinspektionen sind in beiden Ländern seither nicht mehr vorgesehen. Eine Special Verification Commission soll außerdem alle Vertragsprobleme klären.

Da die Sowjetunion 1991 zerfiel, wurden die Verpflichtungen aus dem INF-Vertrag auf Russland, Ukraine, Weißrussland und Kasachstan ausgeweitet. Der Vertrag besitzt seither einen begrenzten multilateralen Charakter. Westdeutschland hätte aus russischer Sicht eigentlich 1987 Vertragsmitglied werden sollen, weil es damals mit 72 Pershing 1A-Startgeräten und zusätzlich 18 Reserveflugkörpern, die etwa 750 km weit flogen, ebenfalls INF-Systeme besaß. Doch die USA wollten die spezifische nukleare Bündniskooperation Westdeutschlands aus dem bilateralen Vertrag heraushalten. Westdeutschland sicherte der Sowjetunion daher die einseitige Abrüstung seiner INF-Bestände zu. Daraus resultiert auch das besondere sicherheitspolitische Interesse der jetzigen Bundesregierung an der Zukunft des Vertrages.

US-Präsident Trump und sein sicherheitspolitischer Berater John Bolton begründen den Rückzug einmal mit den seit 2014 erstmals offiziell erwähnten Vertragsverletzungen Russlands durch die Entwicklung einer Cruise Missile ähnlichen Variante des landgestützten Iskanderflugkörpers mit der russischen Bezeichnung 9M729. Im November 2018 haben die USA ihren NATO-Bündnispartnern erstmals umfangreiche Nachweise dafür vorgelegt. Zweitens weisen sie auf die massive Aufrüstung von INF-Flugkörpern besonders in China, Nordkorea und Iran hin. Russland verweist umgekehrt auf Vertragsprobleme der USA, die den Flugkörperstartkanister Mk-41, der früher für bodengestützte US-Marschflugkörper diente, nun auch für die SM3-Raketenabwehrflugkörper in Rumänien und später auch in Polen einsetzen. Die wechselseitigen Vorwürfe sind trotz vieler hochrangiger Treffen auch der Special Verification Commission

ungelöst, weil auf beiden Seiten der interne Widerstand gegen den INF-Vertrag wuchs.

Anzeichen dafür, dass die USA den Vertrag aufkündigen könnten, erhielt die Bundesregierung schon letztes Jahr. Die Große Koalition brachte daher am 27. Februar 2018 einen Antrag im Bundestag ein, den »INF-Vertrag als Grundpfeiler nuklearer Sicherheitsarchitektur und Kernelement europäischer Sicherheit zu erhalten« [siehe dazu: Bundestagsdrucksache 19/956, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/009/1900956.pdf>]. Am 27. April 2018 fasste der Bundestag mit den Stimmen der Großen Koalition (CDU/CSU, SPD), der FDP- und AfD-Fraktion den Beschluss: »Die Bundesregierung solle daher auf internationaler Ebene geeignete Schritte unternehmen, um ein neues nukleares Wettrüsten zu verhindern, auf die Einhaltung des INF-Vertrages hinzuwirken und den weiteren Ausbau von Abrüstungs- und Rüstungskontrollregimen sowie von vertrauensbildenden Maßnahmen zu unterstützen« [siehe dazu: Bundestagsdrucksache 19/1925, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/019/1901925.pdf>].

Die Fraktionen der Linken und Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich der Stimme, da der Beschluss kein ausdrückliches Stationierungsverbot für neue INF-Waffen beinhaltete. Die Linke und viele Grüne fordern außerdem den Abzug aller amerikanischen sub-strategischen Nuklearwaffen aus Deutschland und die deutsche Unterstützung für die im letzten Jahr verabschiedete Nuklearwaffenkonvention. Dazu ist aber die Große Koalition, die an der nuklearen Teilhabe in der NATO festhalten will, nicht bereit.

Die Austrittsankündigung Trumps hat im Auswärtigen Amt Betriebsamkeit ausgelöst. In einer Pressemitteilung vom 21. Oktober 2018 bedauerte Außenminister Heiko Maas zunächst die Entscheidung des US-Präsidenten. Weiterhin will er mit seinem am 3. November im Spiegel angekündigten 4-Punkteplan versuchen, einmal Zeit zu gewinnen, um doch noch den INF-Vertrag zu retten, zweitens will er der Rüstungskontrolle mittel- und langfristig neue Impulse verleihen [www.spiegel.de/politik/ausland/heiko-maas-wir-muessen-ueber-ruestung-reden-a-1236449.html]. Dafür beantragte die Große Koalition am 8. November eine aktuelle Stunde zum INF-Vertrag im Bundestag, in der Heiko Maas seine Vorschläge erläuterte.

Erstens soll ein neuer »sicherheitspolitischer Austausch zwischen den USA, Russland und Europa« geschaffen werden. Dabei soll auch an der deutschen Initiative von 2016 für die konventionelle Rüstungs-

kontrolle und den Strukturierten Dialog in der OSZE angeknüpft werden. Die russisch-deutsche Hohe Arbeitsgruppe für Sicherheitspolitik hat hierzu am 12. November 2018 erstmals seit sechs Jahren in Berlin getagt; ein weiteres Treffen ist für 2019 geplant. Zweitens will Maas »die Diskussion um ein umfassendes internationales Transparenzregime für Raketen und Marschflugkörper voranbringen«. Drittens muss Rüstungskontrolle wieder ein Kernbestandteil internationaler Diplomatie werden, dafür will er auch bei seinem Besuch in Peking für mehr Transparenz und Rüstungskontrolle werben. Viertens muss dafür gesorgt werden, dass internationale Standards Schritt halten mit der modernen Waffenentwicklung. Vollautonome Waffen sollen weltweit geächtet und die menschliche Kontrolle von Hyperschall- und Weltraumwaffen beraten werden. Dafür soll auch der deutsche Sitz im UN-Sicherheitsrat und eine internationale Konferenz in Berlin im nächsten Jahr genutzt werden.

Die Außenminister der NATO-Staaten haben auf ihrer Sitzung am 4. Dezember 2018 einstimmig die Verletzung des INF-Vertrags durch Russland festgestellt. Die USA haben Russland eine letzte Frist von 60 Tagen für die Regelung des Vertragsverstoßes eingeräumt. Sollte diese Frist von Moskau nicht genutzt werden, wollen die USA danach offiziell vom Vertrag im Rahmen der 6-Monatsfrist zurücktreten.

Trotzdem ist die kurzfristige Rettung des INF-Vertrags eher unwahrscheinlich. Denn die US-Regierung und Russlands Führung scheinen sich schon einig zu sein, diesen ohne großes Aufsehen zu beenden. Es geht daher eher um Schadensbegrenzung und darum, wie sich der multilateralen Rüstungskontrolle mittelfris-

tig wieder neues Leben einhauchen lässt. Dabei dürfte es hilfreich sein, dass die US-Demokraten in den Midterm-Wahlen die Mehrheit im US-Repräsentantenhaus gewannen. Sie stehen vielen nuklearen Modernisierungsmaßnahmen der Trumpregierung aus Kosten- und Stabilitätsgründen eher kritisch gegenüber und wollen, dass Donald Trump den NSTART-Vertrag mit Russland 2021 um weitere fünf Jahre verlängert. Damit lässt sich zwar das Ende des INF-Vertrags nicht verhindern, aber möglicherweise amerikanische Aufrüstungsbestrebungen in diesem Bereich begrenzen, solange auch Russland sich hier in Europa zurückhält.

Innenpolitisch unterstützt die AfD, auch wenn sie den Beschluss der Großen Koalition vom 27. April 2018 mitrug, am ehesten die Politik der US-Regierung. Sie plädiert für eine Neuverhandlung des INF-Vertrags mit allen relevanten Nuklearmächten. Da solche Gespräche derzeit unrealistisch sind, wird implizit das von Trump angestrebte Ende des INF-Vertrags akzeptiert. Alle übrigen Parteien im Bundestag würden den INF-Vertrag genauso wie die Bundesregierung gerne erhalten, vermuten aber, dass dies eher unwahrscheinlich ist. Die CDU/CSU, die FDP und Teile der SPD werden dabei auch weiterhin an der nuklearen Teilhabe in der NATO festhalten und sich die Option der Stationierung neuer Mittelstreckensysteme offen halten, sollte Russland die NATO dort erneut herausfordern. Umgekehrt wollen die Linken in der SPD, Bündnis90/Die Grünen und Die Linke eine erneute Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Deutschland und Europa unbedingt verhindern. Nur bei einer ernsthaften Wiederbelebung multilateraler Rüstungskontrolle dürfte Letzteres eine Chance haben.

Über den Autor

Dr. Hans-Joachim Schmidt war von 1981 bis 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und arbeitete dort unter anderem zu konventioneller Rüstungskontrolle in Europa und der nuklearen Frage auf der koreanischen Halbinsel. Seit seinem Ruhestand Ende 2017 engagiert er sich als assoziiertes Mitglied weiterhin für die HSFK. Er ist Mitglied im Arbeitskreis Abrüstung des Auswärtigen Amtes und vertritt die HSFK im OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions.

Auf Kante genäht

Jens Siegert (Moskau)

Seit 2005 trägt die Universität in Kaliningrad den Namen des Königsberger Philosophen Immanuel Kant. Damals feierte man den 750. Jahrestag der Gründung Königsbergs. Die Umbenennung fand in Anwesenheit von Präsident Wladimir Putin und Bundeskanzler Gerhard Schröder statt. Freilich war es schon seinerzeit in Russland nicht so ganz unumstritten, was da eigentlich gefeiert werden soll. Denn Königsberg gab es ja schon seit 60 Jahren nicht mehr. Seit 1945, seit der Eroberung durch die Rote Armee, heißt die Stadt Kaliningrad. Und auch physisch ist von Königsberg, zumindest im Stadtzentrum, nicht viel geblieben. Die Ruine des Königsschlusses wurde 1968 gesprengt. Die alte, mittelalterliche Struktur war längst dem Straßenbild einer sowjetischen Neustadt gewichen. Nur zwei repräsentative Gebäude haben das große Auf- und Wegräumen alles Deutschen überstanden: die Börse und der Dom. Beide zeugen von der Janusköpfigkeit der Stadt und den Schwierigkeiten der Geschichte, von denen hier die Rede sein soll.

Die Börse beherbergt heute das regionale Kunstmuseum. Die eher bescheidene Sammlung nimmt vor allem zwei Säle im ersten Stock ein. Einer zeigt das alte Königsberg, meist in Werken deutscher Malerinnen und Maler. Der andere dagegen enthält Werke sowjetischer und einiger russischer Künstler, aus der Zeit nach 1945. Und so ist es fast überall im Gebiet Kaliningrad, das aus dem nördlichen Teil des früheren Ostpreußens hervorgegangen ist. Die Oberfläche, das auf den ersten Blick Sichtbare, die Gegenwart hat sowjetische und russische Wurzeln. Aber wird nur ein wenig daran gekratzt, kommt eben sehr viel deutsche Vergangenheit zum Vorschein.

Der *Königsberger Dom* (und er ist eben der *Königsberger Dom*, nicht ein Kaliningrader) ist keine Kirche mehr. Er ist ein Museum und eine Konzerthalle. Mitunter bis zu drei Orgelkonzerte am Tag finden in ihm statt. Überlebt hat er, so sagt zumindest die Legende, wohl wegen Kant. Weil dessen Grab an der Nordwestecke des riesigen Backsteinbaus liegt, sei er dem Sprengungsschicksal des einst gegenüber, am anderen Ufer der *Pregel* gelegenen Königsschlusses entkommen, wird in Kaliningrad erzählt. Erst nach dem Ende der Sowjetunion wurde die Kirchenruine dann wiederhergerichtet und bildet nun so eine Art Zentrum der Stadt (wenn auch kein *Stadtzentrum* im eigentlichen Sinn). Auf jeden Fall aber ist der Dom das wichtigste Touristenziel der Stadt.

Dort, wo einst das Königsschloss stand (und nach dem Krieg seine Ruine), dem Dom gegenüber auf einer

Anhöhe, steht heute übrigens wieder eine Ruine, eine Bauruine. In guter alter, imperialer Landnahmetradition sollten die Sowjets genau dort tagen, wo sich einst die preußischen Könige betteten, wenn sie in Königsberg weilten. Doch der nach der Sprengung begonnene Bau stand unter keinem guten Stern. Die sowjetischen, später auch russischen Bauherren kamen mit der komplizierten Statik auf sumpfigem Grund und wohl auch den ausgedehnten Kellergewölben nicht zurecht und so blieb das »Haus der Sowjets« bis heute unvollendet. Auch das, ein sehr haptisches Symbol der Kaliningrader Schizophrenie.

Überall in der Stadt, auf der nahen *Kurischen Nehrung*, in den Seebädern an der Ostseeküste, auf dem Flughafen gibt es bedruckte T-Shirts und Kapuzenpullis zu kaufen, die die Vergangenheit hochleben lassen. Auf einigen steht »Königsberg«, auf anderen Kaliningrad. Einige huldigen der *Baltischen Flotte* als »Stolz Russlands« oder der *Roten Armee*, während daneben in Sütterlinschrift Ritter vom *Deutschen Orden* mit Kreuzstandarte für *Königsberg* kämpfen. Und auch oder vielleicht gerade weil Immanuel Kant so populär ist, bekennt eines der meistverkauften T-Shirts: »Ich habe Kant nicht gelesen. Stimme ihm aber zu!«

Also zurück zu Kant. Die Umbenennung der Universität vor einem guten Jahrzehnt geschah nicht aus dem hohlen Bauch heraus. Die Exklave Kaliningrad jongliert schon länger mit ihrer exponierten Lage und der alten Vergangenheit, die so gar nicht zur jüngeren Vergangenheit passen will. Wie für viele Exklaven hat die Frage der Bindung mit dem Mutterland mehr Bedeutung als in anderen Regionen. Auf der einen Seite gibt es in der Exklave das lebenswichtige Interesse enger Interaktion mit dem umgebenden Ausland. Auf der anderen Seite zieht genau das oft den Verdacht des Zentrums auf sich, die Exklave wolle oder könne sich vom Mutterland entfernen. Für das Zentrum ist das auch eine ökonomische Frage. Die Einbindung der Exklave in eine internationale regionale Wirtschaft ist weit billiger als die ständige Dotation aus dem Mutterland. Gleichzeitig kann sie aber auch die Bindung an das Zentrum schwächen.

In Kaliningrad zeigt sich dieses strukturelle Problem noch stärker als anderswo. (Fast) Alle Menschen, die heute hier leben, haben ihre physischen und kulturellen Wurzeln anderswo. Das einzige, was sie wirklich eint, ist die Nachkommenschaft des großen und erlittenen Sieges gegen das nationalsozialistische Deutschland, als dessen gerechte Trophäe eben das Land empfundener wird, auf dem sie nun leben. Entsprechend hat

die Erinnerung an die Eroberung Königsbergs, die Erinnerung an die dabei getöteten sowjetischen Soldaten, die Erinnerung an ihre Heldentaten eine besondere Stellung in der Region.

Dieses Land, das da 1945 erobert wurde, ist aber kein Neuland, wie es etwa *Michail Scholochow* für die russische Besiedlung der südrussischen Steppe beschrieben hat (für die das zwar auch nicht vollständig zutrifft, wenn hier zur Zeit der russischen Eroberung auch vor allem Nomaden lebten, die wenig physisch Bleibendes und kaum Steinernes hinterließen). Auf Schritt und Tritt treffen die heutigen Bewohnerinnen und Bewohner der Region Kaliningrad auf Zeugnisse derer, die vor ihnen hier waren. Viele Menschen versuchen, diese lange, wenn auch eher fremde Vergangenheit mit ihrer viel kürzeren, dafür aber eigenen zu verbinden. Insofern war die Umbenennung der Universität 2005 in *Staatliche Immanuel-Kant-Universität* (und inzwischen in *Staatliche Baltische Immanuel-Kant-Universität*) und Putins Anwesenheit beim Festakt kein Zufall, sondern auch ein Versuch des Moskauer Zentrums, diese Sehnsucht nach einer zusammenpassenden regionalen Vergangenheit (oder, wie heute oft gesagt wird, *Identität*), in aus Sicht des russischen Zentralstaats akzeptable, also nicht secessionistische Bahnen zu lenken.

So hätte man es lassen können. An den Namen Kant für die Universität hatten sich alle gewöhnt. Jedenfalls hat sich kaum jemand in den vergangenen Jahren darüber wirklich aufgeregt. Nun ist einigen besonders nationalistisch gesinnten Leuten in Moskau, darunter dem *Metropolit Tichon* (das ist ein selbst nach Maßstäben der russisch-orthodoxen Kirche sehr konservativer Mensch, der in der Öffentlichkeit immer wieder als »Beichtvater« Putins bezeichnet wird) und dem kaum weniger konservativen Kulturminister *Wladimir Medinskij*, seines Zeichens auch Vorsitzender der halb-offiziellen Militärisch-Historischen Gesellschaft, eingefallen, die patriotischen Gefühle der Menschen in Russland durch eine Umfrageaktion schärfen zu wollen. Gemeinsam mit der vom Kreml kontrollierten Gesellschaftskammer und der Russischen Geographischen Gesellschaft (deren Präsident Verteidigungsminister Schojgu und deren Kuratoriumsvorsitzender Präsident Putin sind) haben sie eine Abstimmung initiiert, mit deren Hilfe für 47 große russische Flughäfen neue Namen gesucht werden sollen. Zur Auswahl stehen auf einer Website historische Persönlichkeiten. Die staatliche Fluglinie *Aeroflot* verteilt Fragebögen auf ihren Inlandsflügen. Die vielen Männer (und weniger Frauen) reichen von Schriftstellern über Wissenschaftler und Naturforscher und Ingenieuren bis zu zahlreichen Militärführern und Kriegshelden. Politiker und Politikerin-

nen gibt es nur wenige und wenn, dann sind sie schon seit mindestens 100 Jahren tot.

Für Kaliningrad nun gibt es die Wahl zwischen dem *General Iwan Tschernjachowskij*, der den Sturm Königsbergs im April 1945 hätte befehligen sollen, aber vorher bei Kämpfen schon in Ostpreußen tödlich verwundet wurde, dem *Marschall Alexander Wassiljewskij*, der von *Tschernjachowskij* das Kommando übernahm und den Sturm Königsberg vom 6. bis zum 9. April 1945 befehligte, der Peter-der-Große-Tochter und *Zarin Jelisaweta Petrowna*, deren Truppen 1758 im Siebenjährigen Krieg Ostpreußen und Königsberg eroberten, und eben *Immanuel Kant*. Schnell ging *Kant* mit großem Abstand in Führung. Nun war die Aktion aber zur Stärkung *patriotischer Gefühle* für das ganze große Russland bestimmt, nicht, um den lokalpatriotischen Stolz der zusammengewürfelten Kaliningrader zu befriedigen. Für viele russische Nationalisten, von denen es heute sehr viele gibt und die sich im Überlebenskampf mit der (vor allem westlichen) Welt fühlen, ist das offenbar unerträglich. In Kaliningrad wurden das Kant-Denkmal vor der Universität und das Kant-Grab am Dom mit Farbe bespritzt und Kant selbst auf Flugblättern als »Verräter an der russischen Erde« geschmäht. Alle, die einen Flughafen in seinen Namen wollten, hieß es wenig originell weiter, seien *Vaterlandsverräter*.

Ein Duma-Abgeordneter namens *Marat Barijew* aus dem fernen Tatarstan nannte es »unpatriotisch«, wenn der Flughafen nach *Kant* benannt würde, und schlug eine Bresche für den *Marschall Wassiljewskij*, der von der Wolga stammte. Der Kommandierende der im Hafen *Baltijsk* (dem ehemaligen *Pillau*) unweit von Kaliningrad stationierten *Baltischen Flotte*, der *Vize-Admiral Muchametschin* ging noch weiter. Er hielt eine kleine Rede vor seinen zum Appell aufmarschierten Untergebenen, die hier, ihrer pittoresken Eigenschaften ebenso wegen wie der Genauigkeit ihrer Aussagen, auszugsweise zitiert werden soll. Es gebe vier Kandidaten, sagte der Vize-Admiral. »Das sind *Jelisaweta Petrowna* (...), irgendein nicht unbekannter dort *Immanuel Kant* und zwei Heerführer. Alle sagen: Kant, Kant! (...) Dieser Mensch, der sein Vaterland verraten hat, der sich erniedrigt hat und auf den Knien gerutscht ist, damit sie ihm ein Lehramt in der Universität gaben (...). Er hat irgendwelche unverständlichen Bücher geschrieben, die niemand der hier Stehenden gelesen hat und niemals lesen wird. Und wir, als Soldaten (...) der *Baltischen Flotte*, müssen uns daran erinnern, wem wir es verdanken, dass wir uns jetzt hier überhaupt befinden. Dank wessen es die *Baltische Flotte* in *Baltijsk* gibt und unsere Schiffe in Kaliningrad stehen.« Dann rief er die Soldaten und Matrosen auf, für *Wassiljewskij* zu stimmen.

Auch die Polizei blieb nicht untätig. Das notorische Zentrum »E«, eine spezielle Polizeieinheit zum Kampf gegen den Extremismus, lud einen Studenten der Kant-Universität zum Verhör vor, der bei der Stadtverwaltung eine Mahnwache zu Kants Verteidigung anzumelden versuchte (die selbstverständlich nicht genehmigt wurde). Da die Zentren »E« überall politische Verschwörungen wittern, wollten die Polizisten vor allem wissen, wer den jungen Mann denn nun zu seinem Tun angestiftet habe. Eigensinn, wie ihn viele Kaliningrader in dieser Frage zeigen, ist in diesem Denken nicht vorgesehen.

Anfang dieser Woche wurde die Abstimmung abgeschlossen. Kant hat nicht gewonnen. Er wurde sogar

nur Dritter. Allerdings konnte sich auch der Heerführer *Wassiljewskij* nicht durchsetzen. Er wurde Zweiter. Gewonnen hat die Zarin *Jelisaweta Petrowna*. Die Abstimmungsergebnisse können auf einer speziellen Website eingesehen werden (<https://великиеимена.рф/members>). Für die Neutralität der Ergebnisse gibt es keine Gewähr. Es fällt aber auf, dass eher die Zivilisten als die Militärs gewonnen haben. Und dass der regionale Bezug eine große Rolle gespielt hat. Schon die Regionalwahlen im September haben gezeigt, dass die Zentralisierung des russischen politischen Lebens an eine Grenze stößt.

Dieser Beitrag von Jens Siegert erschien in seinem Blog (russland.boellblog.org/). Jens Siegert lebt seit 1993 in Moskau. Er war Korrespondent, hat mehr als 15 Jahre das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung geleitet und bemüht sich seit zwei Jahren im Auftrag der EU Public Diplomacy zu fördern.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, weiterhin Beiträge von Jens Siegert veröffentlichen zu dürfen und dankt für die Erlaubnis zum Abdruck.

Die Redaktion der Russland-Analysen

NACHRUF

Ljudmila Alexejewa – In Memoriam

Maria Klassen (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Ljudmila Michajlowna Alexejewa kam am 20. Juli 1929 auf der Krim in dem Kurort Jewpatorija zur Welt. Die Eltern – die Mutter eine Mathematikdozentin, der Vater ein Ökonom in staatlicher Anstellung – siedelten bald mit Ljudmila nach Moskau um. Da die Eltern berufstätig waren, zog die Großmutter sie auf, die ihr viele alte humanistische Werte aus der vorsowjetischen Zeit vermittelte. Dennoch wuchs Alexejewa in der Überzeugung heran, im »Land der lichten Zukunft« zu leben. Während des Großen Terrors 1937 wurde ihr Vater verhaftet und verhört, blieb aber wie durch ein Wunder am Leben. Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs meldete sich Alexejewa sofort zum Freiwilligendienst und wurde zur Militärkrankenschwester ausgebildet; doch aufgrund ihres zu jungen Alters durfte sie nicht an die Front. Aus Patriotismus blieb sie der Schule fern und verrichtete bis Ende des Krieges schwerste körperliche Arbeit beim Metro-Bau.

Nach dem Krieg studierte sie an der renommierten Lomonossow-Universität (MGU) Geschichte. Die stark ideologisch belastete Atmosphäre an der Universität sorgte bei der jungen Studentin für Zweifel am System, aber ihr Patriotismus bestärkte sie, in die Kommunistische Partei einzutreten, um das Land gestalten zu können. Ljudmila Alexejewa wollte sich allerdings beruflich von der Ideologie des Staates abgrenzen und schloss ihr Studium im Fach Archäologie ab. Es folgte eine Anstellung bei der Redaktion der Zeitschrift »Nauka« (dt.: Wissenschaft) in der Abteilung Archäologie und Ethnographie. Parallel promovierte sie am Forschungsinstitut für Wirtschaft und Statistik im Fach »Geschichte der KPdSU«. Doch nach Stalins Tod 1953 und nach der historischen Rede Chruschtschows auf dem 20. Parteitag 1956 entwickelte sich Alexejewa zur Regimekritikerin. Ihre Promotion brach sie ab und wandte sich dem Kreis von intellektuellen Andersdenkenden zu. Ihre Wohnung

wurde zum Treffpunkt von Dissidenten, wo man illegale Literatur (Samisdat und Tamisdat) austauschte, freigeistige und kritische Texte schrieb, vortrug, vervielfältigte und verbreitete. Die ersten Schauprozesse gegen Dissidenten wie Galaskow, Daniel, Sinjajskij und Ginsburg waren für sie Ansporn, sich offen und aktiv für Menschenrechte einzusetzen. Sie trieb der Gedanke, dass sie bei der Verhaftung ihres Vaters als Kind schweigen musste, sich dies aber nie wiederholen dürfte.

In dem geschichtsträchtigen Jahr 1968 gehörte Ljudmila Alexejewa zu den Gründer*innen der Samisdat-Reihe »Chronik der laufenden Ereignisse«, deren erste Nummern in ihrer Wohnung verfasst, von ihr auf der Schreibmaschine getippt und verbreitet wurden. Das blieb nicht folgenlos: Alexejewa wurde aus der Partei ausgeschlossen und aus der »Nauka«-Redaktion entlassen. In den Jahren 1968 – 1972 besuchte sie regelmäßig inhaftierte und verbannte politische Dissidenten, sammelte Hilfe für sie und beförderte Hilfs- und Protestpetitionen in den Westen. Dafür musste sie mehrere Hausdurchsuchungen und Verhöre durch den KGB über sich ergehen lassen.

Nachdem sich die UdSSR 1975 mit der Helsinki-Schlussakte zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet hatte, gründete Ljudmila Alexejewa 1976 mit weiteren gleichgesinnten Dissidenten wie Jurij Orlov und Sergej Kowaljow die Moskauer Helsinki-Gruppe. Doch der KGB verhaftete bald mehrere Mitstreiter und stellte Alexejewa vor die Wahl, ebenfalls inhaftiert zu werden oder ins Ausland zu emigrieren.

Die Jahre 1977 – 1993 verbrachte sie in den USA. Sie war aktiv tätig in den russischsprachigen Redaktionen der Sender »Radio Liberty« und »Voice of Amerika« und schrieb regelmäßig für die russische Emigranten-Presse; bei der Erstellung eines Informationspapiers für den US-Kongress sammelte Alexejewa so viel Material, dass es 1985 zur Publikation ihres Buches »Istorija inakomyšlja w SSSR« (dt: Die Geschichte vom Andersdenken in der UdSSR) kam. Ihre Memoiren mit dem Titel »Die Tauwetter-Generation« fanden große Beachtung.

Nach der Perestroika gehörte Ljudmila Alexejewa zu den wenigen emigrierten Dissident*innen, die nach

Russland zurückkehrten, um bei den so lang ersehnten und teuer erkaufte demokratischen Reformen in ihrer Heimat direkt mitwirken zu können. 1993 war sie zurück in Moskau und aktiv bei der Verteidigung von Menschenrechten und dem Aufbau einer Zivilgesellschaft. Seit 1996 war sie im Vorstand der Moskauer Helsinki-Gruppe, von 1998 bis 2004 war sie Präsidentin der internationalen Helsinki-Föderation; zehn Jahre lang gehörte sie dem Menschenrechtsrat des russischen Präsidenten an. Nach der umstrittenen Rochade-Wahl Putins 2012 trat Alexejewa aus dem Rat aus. 2004 gehörte sie zu den Mitbegründer*innen des Allrussischen Zivilgesellschaftlichen Kongresses. Ihre stets kritische Haltung den Herrschern im Kreml sowie dem Präsidenten persönlich gegenüber hat sie nie verheimlicht und schien grundsätzlich furchtlos durch das Leben zu schreiten. 2014 verurteilte sie aufs Schärfste die Krim-Annexion und nahm sogleich an einem Ukrainisch-Russischen Dialog in Kiew teil.

Längst eine internationale Legende, erhielt Ljudmila Alexejewa vom Europäischen Parlament zwei Auszeichnungen: 2009 den Sacharow-Preis für geistige Freiheit und 2015 den Vaclav Havel-Preis für Menschenrechte.

An ihrem 80. Geburtstag 2007 meinte Alexejewa, in zehn Jahren (also 2017) würde Russland ein demokratischer Rechtsstaat sein. Leider ist die Vision dieser unglaublich tapferen Frau, dieser bewundernswerten, starken Persönlichkeit mit dem bis zum letzten Atemzug kristallklaren Geist nicht wahr geworden – noch nicht. Denn für den Aufbau einer Zivilgesellschaft und Demokratie in Russland hat sie so viel geleistet wie kaum eine andere.

Lew Schlossberg, ein russischer Menschenrechtler der jüngeren Generation, schrieb vor wenigen Tagen zum Tode von Ljudmila Alexejewa, sie gehöre zu den Menschen, die das moralische Antlitz ihrer Zeit bestimmen, auch wenn sie nicht mehr am Leben seien.

Im Deutschen würde man Ljudmila Alexejewa als Gewissen der Nation bezeichnen. Ihr Lebenswerk wird weltweit gewürdigt. Ihre unerschrockene Natur bleibt unvergessen. Ihre Stimme wird sehr fehlen.

Über die Autorin

Maria Klassen ist Archivarin in der Abteilung Sowjetunion und Nachfolgestaaten des Archivs der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

13. November – 2. Dezember 2018

13.11.2018	Nachdem der russische Oppositionelle Alexej Nawalnyj am Moskauer Flughafen Domodedowo daran gehindert worden ist das Land zu verlassen, erklärt der Föderale Justizvollzugsdienst, die Reisebeschränkung werde aufgehoben, sobald Nawalnyjs Geldstrafe aus dem sogenannten »Kirowles-Fall« beglichen wäre. Nawalnyj war im Februar 2017 wegen Veruntreuung zu einer Zahlung von 2,1 Millionen Rubel (etwa 28.700 Euro) und einer fünfjährigen Bewährungsstrafe verurteilt worden. Der Oppositionspolitiker war auf dem Weg nach Straßburg. Am dortigen Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wird zurzeit seine Beschwerde gegen den russischen Staat bezüglich sieben Verwaltungshaftstrafen aus den Jahren 2012 bis 2014 verhandelt. Nawalnyj wirft dem russischen Staat vor, dass die Anschuldigungen politisch motiviert seien. Ein Urteil soll am 15. November 2018 fallen. Nach der Ankündigung des Föderalen Justizvollzugsdienstes entscheidet er sich kurzfristig, die Strafe im Fall »Kirowles« zu zahlen, um ausreisen zu können.
13.11.2018	Das Internetmedium »The New Times«, das Ende Oktober zur Zahlung einer Geldstrafe in Höhe von 22,25 Millionen Rubel (etwa 290.000 Euro) wegen nicht vorschriftsmäßiger Deklaration ausländischer Einkünfte verurteilt worden war, sammelt im Rahmen einer Crowdfunding-Kampagne innerhalb weniger Tage 26,8 Millionen Rubel (etwa 350.000 Euro) zur Begleichung der Strafe. Die drohende Schließung des Mediums ist damit abgewendet. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, die Chefredakteurin Jewgenija Albaz kündigte Berufung an.
14.11.2018	Die russische Zentralbank entzieht der »Bank Moskwy«, einer Tochter der WTB, die Lizenz. Die »Bank Moskwy« sei vermehrt in zweifelhafte Geldgeschäfte im Zusammenhang mit Geldwäsche und Finanzierung von Terrorismus verwickelt gewesen, heißt es in einer Erklärung.
15.11.2018	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt Russland zu einer Schadensersatzzahlung in Höhe von 63.678 Euro an den Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj. Dieser hatte geklagt, weil er die gegen ihn verhängten insgesamt sieben Verwaltungshaftstrafen der Jahre 2012 bis 2014 wegen unerlaubter Teilnahme an Demonstrationen für politisch motiviert hielt. Dies erkennt der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte an.
16.11.2018	Der Leiter der Abteilung für Wirtschaftssicherheit und Korruptionsbekämpfung des Innenministeriums in der Region Altai, Wadim Nadwozkij, wird wegen Korruptionsverdachts festgenommen. Dies bestätigt die Pressestelle des Innenministeriums. Er soll im Zeitraum von Juli bis September 2018 Bestechungsgelder von Unternehmern in Höhe von insgesamt 5 Millionen Rubel (etwa 66.000 Euro) angenommen haben.
20.11.2018	Das Urizkij-Bezirksgericht in der Region Orjol spricht dem Bruder des Oppositionspolitikers Alexej Nawalnyj, Oleg Nawalnyj, ein Schmerzensgeld in Höhe von 50.000 Rubel (etwa 660 Euro) zu. Nawalnyj hatte geklagt, da ihm durch Verbüßung einer dreieinhalbjährigen Haftstrafe wegen Betrugs im sogenannten »Yves-Rocher-Prozess« ein immaterieller Schaden entstanden sei.
20.11.2018	Das Twerskoj-Bezirksgericht in Moskau weist den Widerspruch der Chefredakteurin des Internet-Magazins »The New Times«, Jewgenija Albaz, ab. Das Bußgeld in Höhe von 22,25 Millionen Rubel (etwa 290.000 Euro) wegen verspäteter Meldung von Zahlungen aus dem Ausland an die Medienaufsichtsbehörde »Roskomnadsor« ist zulässig. Albaz kündigte an, sich an den Obersten Gerichtshof zu wenden.
21.11.2018	Die russische Staatsduma verabschiedet in dritter und letzter Lesung den Bundeshaushalt für das Jahr 2019. Das Gesetz sieht im Jahr 2019 Einnahmen in Höhe von 19,96 Billionen Rubel (etwa 263 Milliarden Euro) vor. Demgegenüber stehen geplante Ausgaben in Höhe von 18,04 Billionen Rubel (etwa 250 Milliarden Euro).
22.11.2018	Der stellvertretende Leiter des Militärgeheimdienstes GRU, Igor Kostjukow, wird nach dem Tod des bisherigen Direktors, Igor Korobow, als dessen Nachfolger benannt.

23.11.2018	Swetlana Orlowa, ehemalige Gouverneurin der Region Wladimir, wird neue Rechnungsprüferin des Rechnungshofes der Russischen Föderation. Sie folgt Bato-Shargal Chambalnibujew, der vor Kurzem zurückgetreten war. Orlowa hatte im September die Gouverneurswahlen im zweiten Wahlgang gegen den Kandidaten der Liberaldemokratischen Partei (LDPR), Wladimir Sipjagin, verloren. Sie erhielt 37,46 % der Stimmen, Sipjagin konnte 57,03 % der Stimmen für sich verbuchen.
23.11.2018	Michail Baryschew, ehemaliger Leiter der Personalabteilung der russischen Armee, wird beschuldigt, Bestechungsgelder in Höhe von 23 Millionen Rubel (etwa 303.000 Euro) angenommen zu haben. Er soll während seiner Tätigkeit als Vorsitzender des »Armeesportklubs« (ZSKA), eines auch international erfolgreichen russischen Fußballvereins, Bestechungsgelder für die Lieferung verschiedener Waren und Dienstleistungen für die internationalen Militärwettkämpfe 2017 in Sotschi angenommen haben.
25.11.2018	Die russische Marine nimmt im Schwarzen Meer vor der Halbinsel Krim drei ukrainische Marineschiffe unter Beschuss. Sechs Menschen sollen dabei verletzt worden sein. Die ukrainischen Schiffe werden von Russland beschlagnahmt. Die Schiffe seien illegal in russische Hoheitsgewässer eingedrungen und hätten auf Aufrufe, anzuhalten, nicht reagiert. Kiew wirft dagegen Moskau vor, gegen das UN-Seerechtsabkommen sowie den Vertrag zur Nutzung des Asowschen Meeres zu verstoßen.
26.11.2018	In Reaktion auf den Zusammenstoß russischer und ukrainischer Marineschiffe im Asowschen Meer verhängt die Ukraine in Teilen des Landes das Kriegsrecht. Das ukrainische Parlament (Werchowna Rada) stimmt dem Vorschlag des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko mit großer Mehrheit zu. Das Kriegsrecht beschränkt sich auf die an Russland angrenzenden Gebiete und die Schwarzmeerküste der Ukraine und gilt zunächst 30 Tage. Außerdem gibt die russische Menschenrechtsbeauftragte Tatjana Moskalkowa bekannt, dass 24 ukrainische Soldaten in russischem Gewahrsam seien, drei seien verletzt und würden behandelt.
29.11.2018	US-Präsident Donald Trump sagt das am Rande des G20-Gipfels in Buenos Aires (Argentinien) am 1.12.2018 geplante Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin ab. Er begründet seine Entscheidung mit der bisher nicht erfolgten Rückgabe der von Russland in der Meerenge von Kertsch beschlagnahmten ukrainischen Schiffe sowie der nicht erfolgten Freilassung der am 25.11.2018 festgenommenen 24 ukrainischen Soldaten.
30.11.2018	In der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires nimmt der russische Präsident Wladimir Putin am G20-Gipfel teil. Geplant sind Gespräche mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron, dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping sowie ein Treffen mit dem saudi-arabischen Kronprinzen Mohammed Bin Salman, der verdächtigt wird, in die Ermordung des saudi-arabischen Journalisten Jamal Kashoggi verwickelt zu sein. US-Präsident Donald Trump hatte sein geplantes Treffen mit Putin am Vortag via Twitter abgesagt.
30.11.2018	Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko verfügt ein Einreiseverbot für russische Männer im Alter zwischen 16 und 60 Jahren in die Ukraine. Begründet wird das Einreiseverbot mit der Befürchtung, Russland könne als Zivilisten getarnte Soldaten zur Bildung einer Privatarmee in die Ukraine schleusen, wie es bereits 2014 geplant gewesen sei.
30.11.2018	Während ihres Treffens am Rande des G20-Gipfels in Buenos Aires sprechen der russische Präsident Wladimir Putin und sein französischer Amtskollege Emmanuel Macron über die Situation in der Meerenge von Kertsch im Asowschen Meer sowie über die Lage in Syrien.
01.12.2018	Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der russische Präsident Wladimir Putin treffen sich zu Gesprächen am Rande des G20-Gipfels in Buenos Aires. Sie sprechen dabei vor allem über die Lage in Syrien sowie die Situation zwischen Russland und der Ukraine in Bezug auf die Meerenge von Kertsch und das Asowsche Meer.

01.12.2018	Der russische Präsident Wladimir Putin und der saudi-arabische Kronprinz treffen am Rande des G20-Gipfels in Argentinien aufeinander. Bei ihren Gesprächen soll es um Energiepolitik sowie saudi-arabische Investitionen in Russland gehen. Außerdem vereinbarten sie eine Verringerung der Erdöl-Fördermenge ihrer beiden Länder zur Stabilisierung des Rohölpreises. Das betont freundschaftliche Aufeinandertreffen der beiden Staatsoberhäupter trifft vor dem Hintergrund der Ermordung des saudi-arabischen Journalisten Jamal Kashoggi vor etwa zwei Monaten auf internationale Kritik.
02.12.2018	Der russische Präsident Wladimir Putin und der argentinische Präsident Mauricio Macri unterzeichnen ein Strategiepapier zur gemeinsamen friedlichen Nutzung von Atomenergie. Geplant ist der Bau eines Atomkraftwerks in Argentinien unter Nutzung russischer Technologien.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Evgeniya Bakalova (verantwortlich), Heiko Pleines und Anastasia Stoll
 Sprachredaktion: Hartmut Schröder
 Assistenz: Franz Springer
 Chronik: Alena Schwarz
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Prof. Dr. Alexander Libman, Universität München
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2018 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

